

Kinderspielplätze und Lärmschutz

Für die zumutbaren Lärmbelastungen durch einen Kinderspielplatz gibt es zwar keine rechtlichen Regelungen. Werden die in der Freizeitlärmrichtlinie genannten Beurteilungspegel eingehalten, scheidet eine Rücksichtslosigkeit jedoch aus, urteilte das Verwaltungsgericht Trier am 23. Januar 2008.

Nachbarn eines 750qm großen Spielplatzes klagten gegen die Baugenehmigung für einen Spielplatz, der in ihrer Nachbarschaft neben einer Herberge für Wandergruppen mit 28 Schlafplätzen errichtet werden sollte. Das betroffene Gebiet war nicht beplant. Da die Herberge ganzjährig von Jugendgruppen und Familien mit Kindern genutzt wurde und sich darüber hinaus hinter dem Spielplatz noch ein bislang ungenehmigter Bolzplatz befand, argumentierten die Kläger, hier werde ein erforderliches Bebauungsplanverfahren durch Einzelgenehmigungen umgangen. Die Lärmbelastungen verstießen gegen das Rücksichtnahmegebot. Lärmbelastungen Das Gericht hatte im Verfahren ein Lärmgutachten erstellen lassen, das zum Ergebnis kam, dass die Grenzwerte für Mischgebiete durch die Spielplatznutzung nicht überschritten würden. Auch wenn die TA-Lärm und die Freizeitlärmrichtlinie nicht für Spielplätze gelten: würden die dortigen Grenzwerte eingehalten, bestehe kein Anhaltspunkt für eine Rücksichtslosigkeit. Planerfordernis Einen Bebauungsplan könnten die Kläger nicht beanspruchen. Als Nachbar hätten sie zwar einen Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer Interessen im Rahmen des Rücksichtnahmegebotes. Einen Anspruch auf eine Planung zur Klärung der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit eines Bauvorhaben könnten sie aber nicht geltend machen. Daher blieb die Klage gegen die Baugenehmigung erfolglos.

Von Frauke Ley – LexisNexis (detail.de - Baurecht)